

## Vereidigung Staatskanzlei, 27.08.2024

---

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Weil,  
sehr geehrte Frau Dr. Höhns,  
  
sehr geehrte Vertreter:innen der niedersächsischen  
Landesregierung,

meine verehrten Damen und Herren,

zunächst danke ich Ihnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, für die heutige Einladung in die Staatskanzlei und die freundliche und offene Begrüßung.

Für manch einen, der das Verhältnis von Kirche und Staat in Deutschland kritisch betrachtet, eine stringenter Trennung von Staat und Kirche oder die Ablösung der Staatsleistungen an die Kirche fordert, mag der heutige Anlass, das Ablegen des Treueids, ein Anachronismus sein. Das kann man so sehen, natürlich. Muss man aber nicht.

Denn man kann diese aus der Geschichte erwachsene Tradition auch positiv fortschreiben.

Es braucht, so wie Dr. Udo Markus Bentz, Erzbischof von Paderborn, es vor wenigen Monaten bei eben diesem Anlass in Düsseldorf zum Ausdruck brachte, „eine neue Kontextualisierung mit der Gegenwart und der heutigen Beziehung von Kirche und Staat. Nicht mehr das Misstrauen des Staates der katholischen Kirche gegenüber ist heute der Anlass. Es geht darum, dass wir – Kirche und Staat – uns gegenseitig den guten Willen zu einer verlässlichen, fruchtbaren Kooperation versichern“ – zum Wohl der Menschen, die in diesem vielfältigen und an kultureller Prägung sehr unterschiedlichen Bundesland Niedersachsen und in der Freien und Hansestadt Bremen leben.

Es geht um eine gemeinsame, einander ergänzende und unterstützende Verantwortung für das Gemeinwesen. Es geht um den gemeinsamen Einsatz für die

hier lebenden Menschen, ihre Rechte und vor allem den Schutz ihrer im Grundgesetz verankerten, unantastbaren Würde vom Anfang bis zum Ende ihres Lebens.

Treten wir gemeinsam ein für unsere demokratische Verfassung als Grundlage für ein gelingendes Leben, und bleiben wir – trotz aller nationalistisch immer lauter werdenden Rufe nach Schließung von Ländergrenzen – zum Wohl der eigenen Bürgerinnen und Bürger offen für den Schutz von Migranten und Hilfesuchenden, die an die Türen unserer Außen Grenzen klopfen.

Abschottung und Nationalisierung sind meines Erachtens nicht die Grundlagen für gelingendes Leben und eine gemeinsame Zukunft. Es braucht unsere gemeinsame Anstrengung, unsere Kreativität und unseren absoluten Willen, sich für den Menschen und sein Wohl einzusetzen.

Als katholische Kirche leisten wir zu Staat und Gemeinwohl unseren, wie ich finde, profunden und durchaus nicht marginalen Beitrag – in unseren kirchlichen und caritativen Einrichtungen und Diensten, im vielfältigen ehrenamtlichen Engagement unserer Gläubigen in Pfarreien und Gemeinden.

Auch möchte ich in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass aus einer christlichen Motivation heraus immer wieder Menschen sich politisch engagieren und so Verantwortung für das Gemeinwohl übernehmen.

Zugleich stehen wir mitten in einer großen und grundlegenden Strukturveränderung: Wir werden weniger. Damit wird sich unsere Rolle als Kirche in der Gesellschaft und unser Beitrag für das Gemeinwohl verändern. Viele unserer Einrichtungen – nicht zuletzt im Bildungsbereich und in der Caritas – sind für uns unverzichtbar: und zwar aus Überzeugung!

Es sind pastorale und diakonische Orte, an denen wir in die Gesellschaft hineinwirken und Impulse aus der Gesellschaft empfangen.

Zugleich wird es für uns als Träger vieler Einrichtungen deutlich schwerer, sie in so großer Zahl aufrecht zu erhalten. Ich erinnere an die angespannte Situation von Krankenhäusern, die kurz vor der Insolvenz stehen. Und ich sehe in den kommenden Jahren die Bestandsfrage ausgedehnt auf nicht wenige Alten- und Senioreneinrichtungen, um nur Beispiele zu nennen.

Was wäre hier unser gemeinsamer Auftrag und wo können wir uns der gegenseitigen Hilfe vergewissern? Ich glaube, wir haben als Verantwortliche in unserem Land und in der Kirche nicht mehr viel Zeit, über Struktur- und Finanzprobleme zu diskutieren, denn die Not der Menschen – ich erwähne insbesondere die oftmals versteckte Armut von Kindern und

älteren Menschen – wächst unaufhörlich; die Anfragen in unseren Beratungsstellen steigen. Wo liegt da unsere gemeinsame Verantwortung?

Meinen Dienst als Bischof habe ich unter den Wahlspruch gestellt: Per Christum congregamur – Wir werden durch Christus zusammengeführt. Dieser Wahlspruch begleitet mich seit meiner Abtwahl in der Abtei Königsmünster und meiner Zeit als Weihbischof in Paderborn. Er bringt trotz aller Veränderungen in Kirche und Gesellschaft mein Vertrauen zum Ausdruck, dass die Botschaft Jesu Christi nicht antiquiert oder museal ist, sondern eine Dynamik beinhaltet, die unsere Zeit prägen kann, wenn wir uns dieser Botschaft neu öffnen.

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Botschaft Jesu Christi über alle politischen, konfessionellen und religiösen Grenzen hinweg eine Botschaft der Menschlichkeit und des Respektes gegenüber jedem Menschen ist, unabhängig von seiner Herkunft, seinem

Geschlecht und seiner sexuellen Orientierung. Es ist eine Botschaft, die lebendig und zukunftsweisend ist und der Grundlage unserer Verfassung entspricht.

Ich bin fest davon überzeugt, dass das christliche Menschenbild auch heute Antworten auf die vielfältigen sozialen Fragen unserer Gesellschaft anbietet.

Aufgabe der Religionen im Allgemeinen und damit auch von uns als katholischer Kirche ist es, an die Verantwortung füreinander zu erinnern und sie erlebbar zu machen.

Unsere Verfassung würdigt diesen Einsatz, indem sie die Religionsfreiheit schützt – die des Einzelnen wie die der Institution. Mehr noch: Unsere Verfassung traut den Religionen zu, mit dem Staat und seinen Organen zusammenzuwirken, zu kooperieren.

Diese gesicherte Freiheit, dieses verfassungsgemäß gesicherte Recht geht mit Verantwortung einher. Die Religionsfreiheit ist zugleich die Verpflichtung jeder

Religion, einen Beitrag zum Zusammenwirken unserer Gesellschaft zu leisten und sich positiv zu den Grundlagen unseres Staatswesens zu verhalten. Dazu gehört unter anderem die uneingeschränkte Akzeptanz unseres Rechtsstaates, seiner Einrichtungen und seiner Verfassungsorgane.

Unverzichtbar sind – gerade in unseren Bundesländern – der ökumenische wie der interreligiöse Dialog. Wenn jede Religion bereit ist, ihr Bestes zur Allgemeinheit beizutragen, dann wird Gott Wege zur Einheit ebnen, und dann sind der religiöse und der gesellschaftliche Frieden in diesen unruhigen Zeiten möglich.

Ich möchte mit Ihnen an dieser Vision des Gemeinsamen arbeiten und versichere Ihnen, liebe Vertreter:innen der staatlichen Organe, die Gesprächsbereitschaft meiner Diözese in den vielfältigen Fragen unserer Gesellschaft.

Der gerade geleistete Treueid ist für mich Ausdruck meiner persönlichen Bereitschaft, mit Ihnen zum Wohle der Menschen im Land Niedersachsen und in der Freien und Hansestadt Bremen einzutreten mit all den Möglichkeiten und Kräften, die mir Gott schenkt.

Ich biete Ihnen heute eine verlässliche und hoffentlich fruchtbare Kooperation an und vertraue darauf, dass meine Anliegen und meine Kooperationsbereitschaft – im gemeinsamen Interesse am Wohle der Menschen – bei Ihnen nicht ungehört verhallen.